

Partnerschaften Südasiens mit der EU

Ein kurzer Überblick

Theodor Rathgeber

Vorhergehende Artikel unterziehen die Beziehungen Südasiens mit der EU einer kritischen Würdigung und bemängeln dabei die fehlende strategische Ausrichtung. Die Kritik klingt plausibel, aber was gibt es überhaupt an Vereinbarungen? Der Autor skizziert den Bestand.

Den Ausgangspunkt der Partnerschaften mit den Ländern Südasiens bilden Kooperationsabkommen zu Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Indien

Zwischen Indien und der EU besteht eine „strategische Partnerschaft“ zu Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Der Rat der Europäischen Union (Regierungen) hat am 10. Dezember 2018 erklärt, die Zusammenarbeit mit Indien vertiefen und ausweiten sowie Frieden und Sicherheit fördern zu wollen. Am 8. Mai 2021 beschloss der 16. EU-Indien-Gipfel, die Gespräche über ein Freihandelsabkommen sowie die Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen und ein Abkommen über geografische Angaben wieder aufzunehmen. Ebenso beschlossen wurde eine sogenannte Konnektivitätspartnerschaft, mit der in Indien stabile Kommunikationssysteme gefördert werden sollen – vor dem Hintergrund der Spannungen mit China von großer Bedeutung. Wenige Tage vor dem Gipfel hatten die EU und Indien ihre Strategie für den indo-pazifischen Raum veröffentlicht, in der sie sich für eine multilaterale, auf Regeln basierende internationale Ordnung aussprechen.

Der Warenhandel umfasste im Jahr 2020 die Summe von 62,8 Milliarden Euro (11,1 Prozent des indischen Han-

dels), mit einer Handelsbilanz in Höhe von rund 0,9 Milliarden Euro zugunsten Indiens. Die EU ist Indiens drittgrößter Handelspartner. Die Investitionen aus dem Ausland stiegen in den letzten zehn Jahren von acht auf 18 Prozent. Der größte ausländische Investor in Indien ist die EU. Der Bestand an Direktinvestitionen in Indien seitens der EU umfasste 2019 die Summe von 75,8 Milliarden Euro. Mit der EU bestehen unilaterale Präferenz-zölle gemäß dem Allgemeinen Präferenzsystem (APS) der EU. Hier ist die Inanspruchnahme der Handels- und Zollpräferenzen an die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmer(innen)-rechte verknüpft.

In den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Innovation soll die Zusammenarbeit der EU mit Indien im Rahmen von „Horizont Europa (2021-2027)“ gestärkt werden. Unter anderem sollen mehr indische Organisationen die Partnerschaften mit Europäischen Universitäten suchen. Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie hat die EU dringend benötigte Arzneimittel sowie medizinische Ausrüstung geliefert.

Pakistan

Die Beziehungen zwischen der EU und Pakistan reichen bis 1962 zurück. Die EU ist nach China der zweitwichtigste Handelspartner Pakistans. 2020 belief sich der EU-Anteil am Gesamthan-

delsvolumen Pakistans auf 14,3 Prozent und an den Gesamtausfuhren des Landes auf 28 Prozent. Pakistans Anteil am EU-Handel machte 2020 rund 0,3 Prozent aus. Pakistans Handelsüberschuss mit der EU betrug 1,7 Milliarden Euro. Die EU leistet Pakistan in großem Umfang Entwicklungs- und humanitäre Hilfe. Im Rahmen der Covid-19-Pandemie stellte die EU 150 Millionen Euro zur Behebung der gesundheitlichen Notlage bereit.

Die EU unterstützt die Förderung der Demokratie und den Aufbau von Institutionen in Pakistan, unter anderem im Rahmen des „strategischen Dialogs“ und eines „Gemeinsamen Ausschusses“. Pakistan genießt seit 2014 unilaterale Handelspräferenzen im Rahmen von APS+. Mit dem Plus (+) einher gehen Verpflichtungen Pakistans, die Menschenrechte und die Religionsfreiheit explizit zu garantieren und in einem Berichtsverfahren überprüfen zu lassen (Heft 4/2019). Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für internationalen Handel prüft die Einhaltung und wird zum Jahreswechsel 2021/2022 entscheiden, ob die Fortführung der Präferenzen weiter befürwortet wird. Im Rahmen des *EU-Pakistan Strategic Engagement Plan* (Juni 2019) soll die Zusammenarbeit mit Blick auf Frieden und Sicherheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Migration, Mobilität, Handel und Investitionen sowie nachhaltige Entwicklung gestärkt werden.

Afghanistan

Zwischen der EU und Afghanistan besteht ein Kooperationsabkommen über Partnerschaft und Entwicklung, das am 18. Februar 2017 unterzeichnet und am 13. März 2019 vom Europäischen Parlament angenommen worden war. Das Europäische Parlament hat ebenfalls dafür gesorgt, dass Afghanistan in die EU-Strategie für Zentralasien einbezogen worden ist. Der größte Teil der Ausgaben der EU für Entwicklungshilfe in Asien ging bislang an Afghanistan. Afghanistan hatte außerdem vorteilhafte Handelsregelungen mit der EU in einem „Alles-außer-Waffen“-Abkommen (EBA) mit einem Budget von 1,4 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014-2020. Was davon nach der Machtübernahme durch die Taliban Bestand haben wird, kann derzeit in Brüssel niemand sagen. Alle Präferenzen wurden ausgesetzt.

Bangladesch

Die Beziehungen zwischen der EU und Bangladesch bestehen seit 1973, ergänzt durch ein Kooperationsabkommen ab 2001 zu den Themen Handel, Wirtschaftsentwicklung, Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung und Umwelt. Bangladesch genießt die Vorteile der EBA und ist Teil des Mehrjahresrichtprogramms 2014-2020 in Höhe von bis zu 690 Millionen Euro. Die EU drängt auf politische Reformen, ein günstigeres Unternehmensumfeld sowie eine Ausweitung von Handel und Investitionen. Im Juli 2019 startete die EU zwei Programme zu Reformen der öffentlichen Finanzverwaltung und der nationalen sozialen Sicherungssysteme. Im Rahmen der Covid-19-Pandemie stellte die EU 113 Millionen Euro bereit, vor allem um die Lebensgrundlagen von Beschäftigten in den exportorientierten Bekleidungs- und Lederindustrien zu sichern.

Sri Lanka

Die Beziehungen zwischen der EU und Sri Lanka gehen auf das Kooperations-

abkommen von 1975 zurück, das 1995 hochgestuft wurde. Seit Mai 2017 erhält das Land im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems Plus (APS+) für seine Ausfuhren vorteilhaften Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Wie Pakistan hat sich die Regierung Sri Lankas verpflichtet, politische Reformen und internationale Übereinkommen über Menschenrechte, Arbeitnehmer(innen)rechte, Umweltschutz und eine verantwortungsvolle Staatsführung umzusetzen. Im Jahr 2010 war das Präferenzsystem wegen Nichteinhaltung der Verpflichtungen suspendiert worden. Das Europäische Parlament verfolgt momentan die wirksame Umsetzung der APS+-Kriterien vor allem in Bezug auf die Übergangsjustiz und nationale Aussöhnung sowie die Abschaffung der bisherigen Anti-Terror-Gesetzgebung (PTA). Die EU gewährte Sri Lanka in den vergangenen zehn Jahren Entwicklungshilfe in Höhe von 760 Millionen Euro. Die EU ist mit einem bilateralen Gesamt-handelswert von drei Milliarden Euro im Jahr 2020 und einer Handelsbilanz zugunsten des Landes in Höhe von 1,2 Milliarden Euro nach China der zweitgrößte Handelspartner und das zweitwichtigste Exportziel Sri Lankas.

Bhutan, Nepal, Malediven

Die EU unterstützt die Souveränität Bhutans gegenüber seinen mächtigen Nachbarn Indien und China. Im Mehrjahresrichtprogramm 2014-2020 unterstützt die EU mit 49,3 Millionen Euro die Armutsbekämpfung, fördert die Demokratie, die verantwortungsvolle Staatsführung sowie eine nachhaltige Landwirtschaft und erneuerbare natürliche Ressourcen. Im Mai 2018 wurde ein „Handelsunterstützungsprojekt EU-Bhutan“ gestartet, um die Wertschöpfung, die Marktverflechtungen und den Rechtsrahmen für Handel und Investitionen zu verbessern.

Die Beziehungen zwischen der EU und Nepal reichen bis 1973 zurück und fußen auf einem Kooperationsabkom-

men von 1996. Die EU ist einer von Nepals wichtigsten Gebern für Entwicklungshilfe und hat die Entwicklungshilfe für den Zeitraum 2014 auf 360 Millionen Euro angehoben. Nepal nimmt am EBA-Programm teil. Im April 2020 half die EU in Höhe von 75 Millionen Euro zur Abmilderung der Covid-19-Krise.

Mit den Malediven gibt es bis heute kein formelles Kooperationsabkommen. Die EU unterstützt gleichwohl die Entwicklung ländlicher Gemeinden und kooperiert im Bereich des Tourismus und beim Klimaschutz. Im April 2021 entschied der Europäische Rat, Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aufzunehmen.

Zum Autor



Theodor Rathgeber
ist verantwortlicher
Redakteur von SÜD-
ASIEN.

Texthinweis

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/181/south-asia>